

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Nutzblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

Nr. 104.

Erscheint jeden Sonntag Nachmitt. 7/8 Uhr für den  
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,  
zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

42. Jahrgang.

Sonntag, den 5. Mai.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenom-  
men und beträgt der Preis für die gewöhnliche Zeile  
über deren Raum 15 Pf.

1889.

## Die Woche.

Nachdem der Deutsche Kaiser am Montag von Eisenach nach Berlin zurückgekehrt war, hatte derselbe wiederholte eingehende Beratungen mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck und dem Staatssekretär Grafen Herbert Bismarck und führte am Dienstag Nachmittag den Vorsitz in einer zweitägigen Sitzung des preussischen Gesamtministeriums. Als Gegenstände der ernstesten Erwägungen stellten sich die am Montag in Berlin begonnene Samoa-Konferenz, die am Dienstag erfolgte Eröffnung der Ausstellung für Unfallverhütung, der an demselben Tage bewirkte Schluss des preussischen Landtages und die schlimme Behandlung dar, welche der deutsche Polizeibeamte Wohlgenuth auf sozialdemokratische Veranlassung in der Schweiz erfahren hat. Da die Verhandlungen der Samoa-Konferenz geheim gehalten werden und die von einem Berliner Blatte über die erste Sitzung veröffentlichten Berichte amtlich für falsch erklärt worden sind, entzieht sich der Stand dieser Angelegenheit zunächst der Beurteilung. Trotz der eifrigen Arbeit des Unterausschusses dürfte die Konferenz mehrere Wochen zur Lösung ihrer Aufgaben brauchen. Die gemeldete Freilassung des samoanischen Erbprinzen Malietoa lieferte jedenfalls den deutlichsten Beweis, daß es Deutschland in der Samoafrage nicht um Erlangung eines ungehörlichen Einflusses, sondern nur um Sicherstellung berechtigter Interessen zu thun ist. Die erwähnte Begnadigung, die vielleicht zu einer Wiedereinsetzung Malietoas führen wird, ist kein Rückschritt der Kolonialpolitik, sondern nur ein geschickter Ausweg, die durch die Mißliebigkeit Tamases bei den Eingeborenen und die ungeführte Blutschuld Matafas arg verwickelte samoanische Frage auf friedliche Weise zu lösen. Während die Opposition diese Taktik grundsätzlich verkennt, ist sie doch gezwungen, die Veranlassung der in Berlin in diesen Tagen eröffneten deutschen allgemeinen Ausstellung für Unfallverhütung als eine segensreiche That anzuerkennen, die gewiß zur Verminderung der Betriebsunfälle beitragen wird. Selbst die Gegner der sozialpolitischen Gesetzgebung geben zu, daß das Unfallversicherungsgesetz die Unfallverhütung mächtig gefördert hat. Die Ansprache des Kaisers bei der Eröffnung der Ausstellung legte wiederum ein bereites Zeugnis nicht nur für den lebendigen Anteil ab, den derselbe an allen Bestrebungen zum Wohle der Arbeiter nimmt, sondern auch für die Umsicht und Treue, mit der er das sozialpolitische Vermächtnis seines heimgegangenen Großvaters hegt und pflegt. Die Kaiserliche Eröffnungsrede enthielt zugleich einen wohlverständlichen Aufruf „an die verständnisvolle und freudige Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung,“ daß um augenblicklich vielleicht großer Schwierigkeiten willen der Eifer für die Sozialreform nicht erlahme. Diese Mahnung scheint im Hinblick auf die Weiterberatung der Invaliden- und Altersversorgung hervorgehoben worden zu sein. In Abgeordnetenkreisen nimmt man übrigens an, daß die zweite Lesung dieses Gesetz-Entwurfes höchstens eine Woche erfordern und daß man in den letzten Tagen des Maimonats die dritte Beratung beenden wird. Der unerwartet frühe Schluss des preussischen Landtages hat vielfach befremdet. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ bestreitet, daß die abgelaufene Session eine ergebnisarme gewesen sei, und erklärt den Verzicht auf die geplante Einbringung der Steuervorlage mit der Absicht, den gegnerischen Parteien den Stoff zur Wahlagitacion durch einen mißliebigen Steuervorschlag zu entziehen. Die freikonser-vative „Post“ läßt das aber nicht gelten und meint, der Verzicht auf die Steuerreform käme erst recht der Opposition zu Statten. Abg. Windthorst habe gesagt: „Besser hätte man mir die Wahlen gar nicht machen können.“ Auch die „Neue Preuß. Ztg.“ bezeichnet es als Fehler, daß der preussische Landtag geschlossen wurde, ohne vorher die Steuervorlage entgegen zu nehmen. Die Angelegenheit des Straßburger Polizei-Inspektors Wohlgenuth dürfte mit der inzwischen angeordneten Freilassung desselben keineswegs abgethan sein, da die schweizerischen Behörden dem seit Jahren als eifrigen Sozialdemokraten bekannten, aus Forst in Bayern stammenden Schneider Luz zu viel vertraut haben. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ droht mit Beschränkungen des deutsch-schweizerischen Grenzverkehrs, wenn die eidgenössische Regierung die Mittel, die ihr gegen die sozialdemokratischen Umtriebe zu Gebote stehen, nicht schärfer handhabe. Die Luxemburger Angelegenheit hat einen gänzlich unerwarteten Ausgang genommen. Der als unrettbar betrachtete König Wilhelm III. der Niederlande ist wieder

genesen und hat erklärt, nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in dem Großherzogthum Luxemburg die Regierung wieder selbst übernehmen zu wollen. Herzog Adolf von Nassau kehrt deshalb nach dem Schlosse Königstein im Taunus zurück, wo er seinen bleibenden Aufenthalt zu nehmen gedenkt.

Nach den vielen Widerwärtigkeiten, welche der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich in den letzten Monaten begegneten, hatte dieselbe endlich wieder einen Glücksfall zu verzeichnen. Der verfassungstreue Großgrundbesitz Böhmens hält fest zu der deutschen Fahne. Eine Versammlung in Prag, an welcher 37 Großgrundbesitzer persönlich und 89 durch Vollmachten vertreten waren, beschloß einstimmig, das durch den Fürsten Schwarzenberg angebotene Kompromiß mit den czechisch-kenobalen Kavalieren abzulehnen und auf den Eintritt in den böhmischen Landtag zu verzichten. Unter solchen Umständen ist man sehr gespannt auf den Ausfall der Landtagswahlen, die in den böhmischen Landgemeinden am 2. Juli, in den Städten am 5. Juli, in den Handelskammern am 9. Juli und bei dem Großgrundbesitz am 15. Juli stattfinden werden. Der von etwa 2000 Personen besuchte Katholikentag in Wien hat einen sehr glänzenden Verlauf genommen, sehr lebhaft zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes und des Vichstenstein'schen Schul-antrages demonstriert und die von den Klerikalen auf den verschiedensten politischen Gebieten gehegten Wünsche in geschickt abgefaßten Resolutionen zum Ausdruck gebracht. Das ungarische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in dieser Woche mit der Budgetberatung, wobei sich der neue Finanzminister Bekere als ein entschiedener Anhänger der Tschechischen Politik bekannte, die auf allen Gebieten vorhandenen Mehreinnahmen nachwies und die Ueberzeugung aussprach, daß die vorhandenen Mittel bei weiterer Einhaltung von Sparsamkeit ausreichen würden.

Von den italienischen Regierungsblättern wird den radikalen Organen gegenüber ausgeführt, daß Frankreich in dem bevorstehenden Gegenbesuch des Königs Humbert in Berlin unmöglich etwas Verleidendes finden könne. Das Organ des italienischen Konseilpräsidenten Crispi, „Riforma“ bezeichnet zugleich die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich als durchaus freundlich und sucht die Abwesenheit des italienischen Votschafters in Paris, Menabrea, bei den bevorstehenden Ausstellungs-Festlichkeiten möglichst zu entschuldigen. Die italienische Kammer erfüllte den Wunsch Crispi's, die Debatte über die afrikanische Frage bis zum 7. Mai zu verschieben. Die Lage in Abyssinien ist ziemlich unverändert, doch stellt sich Ras Alula dem Thronpräsidenten Debeb bereits feindlich entgegen.

Seit Kurzem soll sich nach einer Behauptung des „Temp“ in den französischen Departements ein günstiger Umschwung in der Stimmung der öffentlichen Meinung vollziehen. Aehnliche Behauptungen stellte der opportunistische Wanderprediger Antoine auf, der ehemalige Reichstags-abgeordnete für Metz, der nach einer Rundreise durch mehrere französische Städte bei einem Festmahle der „Union patriotique“ weiblich über den Boulangismus schimpfte, welcher die Franzosen verhindere, sich zur Wiedergewinnung der beiden verlorenen Provinzen zusammenzuscharen. Im Ganzen verhalten sich augenblicklich alle Parteien in Frankreich ziemlich still, um nicht den Erfolg der Weltausstellung zu beeinträchtigen, von der sich übrigens die diplomatischen Vertreter der Großstaaten fernhalten werden. Am Meisten befremdete es in Paris, daß auch der russische Votschaftler, Baron Mohrenheim, seine längere Abwesenheit und die Absicht ankündigte, in St. Petersburg mehrere Monate Aufenthalt zu nehmen. Der französische Minister des Auswärtigen, Spuller, ließ den Wunsch verlauten, daß diejenigen Missionsschiffe, deren Regierungen in offizieller Weise an der Ausstellung theilnehmen, den Präsidenten Carnot bei seinem Rundgange in ihren „Ländern“ empfangen möchten. An Besuchern wird es der sehr großartig angelegten Weltausstellung nicht fehlen, da Paris schon jetzt von Fremden wimmelt.

Gleich die erste Sitzung des englischen Unterhauses nach den Osterferien wurde von der Opposition zu heftigen Angriffen gegen die Regierung benutzt. Labouchere, Georg Campbell und Ellis beantragten Kürzungen der Gehalte des Staatssekretärs Smith, des Schatzkanzlers Böschen und des Ministers des Innern Matthews. Im Laufe der Erörterungen wurde das Verhalten dieses Ministers und seiner

Untergebenen im Zusammenhange mit dem Barnell-Untersuchungs-Ausschusse von Morley, Trevelyan und den Barnelliten heftig angegriffen. General Boulanger wohnte den Verhandlungen einige Zeit auf der Fremden-galerie bei.

Bei dem am Mittwoch in großartiger Weise in Bukarest stattgefundenen Empfang des russischen Thronfolgers, des Prinzen Ferdinand, sagte König Karl zu den Mitgliedern des diplomatischen Korps: „Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie gekommen sind, um die Bedeutung dieses für die Dynastie und Rumänien wichtigen Ereignisses zu erhöhen.“ Die Bukarester Blätter erblickten in den Huldigungen, welche dem Prinzen von fast allen Parteien dargebracht wurden, eine günstige Vorbedeutung für die Zukunft und heben auch mit Anerkennung das warme Interesse hervor, welches der König Karl an der Ausführung des Gesetzes über den Verkauf von Staatsgrundstücken an die Landleute nimmt.

## Tageschau.

Freiberg, den 4. Mai.

Die Ansprache des Deutschen Kaisers bei der vorgefertigen Jagdnewelke des 1. Garde-Regiments in Potsdam lautete etwa wie folgt: „Wie Alles auf Erden vergänglich ist, wie kein hochseliger Großvater habe scheiden müssen, so ist auch das Schicksal der alten Jagne gewesen. Wie die alte durch Gottes Gnade nach zwei siegreichen Feldzügen zurückgekommen ist, so hoffe er auch von der neuen, daß sie mit ihr das Regiment, wie auch die Geschicke der Zukunft sein mögen, sich des alten Ruhmes in neuen Siegen würdig erweisen mögen, und daß es der Wafelspruch des Regiments sei, entweder mit ihr in das Vaterland zurückzukehren oder zu bleiben mit dem letzten Worte auf ihr.“ — Gestern Vormittag begab sich der Kaiser nach dem Tempelhofer Felde bei Berlin, um daselbst den Truppenübungen beizuwohnen. Nach dem Schluss derselben lehrte der Kaiser an der Spitze der Truppen zu Pferde zur Stadt zurück. Im königlichen Schlosse nahm der Kaiser hierzu mehrere Vorträge entgegen und erlebte Regierungsangelegenheiten. — Der Kaiser reist mit der Kaiserin mittelst Sonderzüge nach Kiel, wo die Kaiserin Sonntag Vormittag um 1/2 9 Uhr eintreffen werden. Prinz Heinrich von Preußen, der Großherzog von Hessen, der Erbprinz von Sachsen-Alteburg von Hessen langten schon gestern in Kiel an, wo die Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers und der Kaiserin eifrig betrieben wurden. — Ueber den bevorstehenden Aufenthalt des Königs Humbert und des italienischen Kronprinzen in der deutschen Hauptstadt ist zu berichten, daß die hohen Gäste am 21. Mai eintreffen und voranschicklich sich bis zum 25. d. M. in Berlin aufhalten werden. — Die Kaiserin Augusta, welche heute früh Berlin verläßt, wird über Frankfurt a. M., Mannheim und Karlsruhe heute Abend 10 1/2 Uhr zu mehrtägigem Kurgebrauch in Baden-Baden eintreffen. — Dem deutschen Staatssekretär Grafen Bismarck fand gestern Abend anlässlich der Samoa-Konferenz ein Festmahle statt, dem die englischen Bevollmächtigten Malet, Scott und Crowe, die amerikanischen Bevollmächtigten Passon, Phelps und Bates und die deutschen Bevollmächtigten Baron von Holstein und Dr. Krauel, sowie mehrere Mitglieder der englischen Votschaft, der amerikanischen Gesandtschaft und des Auswärtigen Amtes beizuwohnten. — Im württembergischen Landtage hat gestern eine Kulturkampfsdebatte stattgefunden. Bei der Beratung des Unterrichtsvertrages verlangte der Abg. Gröber, daß die Katholiken bei Befetzung von Lehrstellen an den Gymnasien, sowie bei den Studienbehörden mehr als bisher berücksichtigt würden. Der Kultusminister v. Sarwey erwiderte, hier entscheide nicht das Bekenntniß, sondern die persönliche Eignigkeit. Er bitte im Interesse des konfessionellen Friedens derartige Debatten zu unterlassen. Der Abg. Gröber antwortete in gereizter Weise, worauf eine nochmalige Erwiderung des Kultusministers folgte, welche mit demonstrativem Beifall von der Kammer aufgenommen wurde. — Der in Straßburg l. E. versammelte Landesausschuß nahm gestern nach fünftägiger Verhandlung in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. das Grundbesitzthum, Hypothekensachen und die Notariatsgebühren, sowie den Gesetzentwurf über Hypothekengebühren an. — Die luxemburgische Kammer beschloß gestern anlässlich der Beendigung der Regentenschaft einstimmig eine Glückwunschsadresse an den König der Niederlande zu richten, in welcher der Wunsch ausgedrückt wird, daß die Regierung desselben noch lange anhalten möge. Der Präsident schlug eine Dankadresse an den Herzog für die dem Lande geleisteten Dienste vor. Unter traurigen Verhältnissen sei er in das